



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.04.2022**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 17:02 Uhr bis 17:50 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Helga Schubert	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Lau	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Ivanka Somborski	Leiterin Team Jugendarbeit
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sven Bartsch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Etienne Samuel Knorre	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Petra Schneutzer

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass die Mitteilung unter TOP 7.1 Bericht „Hilfe zur Erziehung“ „in die Klausurtagung am 22.04.2022 verschoben wird. Dieses Thema soll dort kompakt vorgestellt werden.

Herr Dr. Wend fragte, wie viel Zeit für dieses Thema beansprucht wird.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass das gesamte Thema zur „Hilfe zur Erziehung“ einen großen zeitlichen Faktor in der Klausurtagung in Anspruch nehmen wird.

Frau Gellert fragte, ob der Bericht „Hilfe zur Erziehung“ im Vorfeld der Klausurtagung noch in Session eingestellt werden kann.

Herr Frolow verneinte dies. Der Bericht „Hilfe zur Erziehung“ soll direkt am Klausurtag vorgestellt werden.

Frau Schubert bemerkte, dass Sie keine Einladung erhalten hat.

Frau Dr. Schaarschmidt teilte mit, dass nach der Klausurtagung, der Bericht „Hilfe zur Erziehung“ im Session eingestellt werden könnte. Des Weiteren erwähnte sie, dass die Einladung zur Klausurtagung am Mittwochvormittag an den regulären Verteiler des JHA versendet wurde.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde die geänderte Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.03.2022
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zur Arbeit des Kinder- und Jugendrates sowie des Stadtschülerrates
Vorlage: VII/2022/03772
- 8.2. Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zu Wohngruppen und Obdachlosigkeit in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03773
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.03.2022
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Beantwortung von mündlichen Anfragen
17. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.03.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 03.03.2022, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 **Mitteilungen**

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zur Arbeit des Kinder- und Jugendrates sowie des Stadtschülerrates Vorlage: VII/2022/03772**

Frau Gellert bedankte sich für die Antwort der Verwaltung. Sie fand es schwierig, dass die Kinder und Jugendlichen nur durch eine verantwortliche Person unterstützt worden. Ihr ist bekannt, dass die Gesamtsituation während der Pandemie schwierig war, die Kinder und Jugendliche mit einzubeziehen. Es ist bedauerlich, dass es immer im Namen der Kinder oder im Sinne der Kinder heißt und trotzdem so wenig Beteiligung stattfindet. Als Ursache wurde hierzu die mangelnde Digitalisierung erwähnt.

Frau Gellert regte an, den Kinder- und Jugendrat bzw. den Stadtschülerrat hinsichtlich zur Verbesserung einer Digitalisierung in Zukunft besser auszustatten.

Frau Gellert berichtete, dass sie gemeinsam mit Herrn Dr. Wend und einigen anderen Vertretern aus Schulsozialarbeit und Schule die vorgestellte Resolution in Magdeburg abgegeben haben. Sie hofft, dass durch den vielen Einwand, der auch aus den anderen Kreisen und kreisfreien Städten erfolgte, darüber nachgedacht wird, wie Schulsozialarbeit zumindest in den nächsten zwei Jahren finanziert werden kann.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass er die Situation in Magdeburg etwas kurios empfand, weil die Verantwortlichen vor Ort eine gewisse Zustimmung bzw. ein gleiches Meinungsbild hinsichtlich der eingebrachten Resolution hatten. Er wies darauf hin, dass ein gewisser Teil von Personen von CDU und AfD gibt, die dieses Vorhaben nicht befürworten. Er bat somit alle Mitwirkenden für eine eindeutige Aufklärung, damit die Wichtigkeit dieser Schulsozialarbeit nochmalig betont wird.

Herr Heym betonte, dass er natürlich alle seine Möglichkeiten zu diesem wichtigen Sachverhalt nutzen wird. Er wies darauf hin, dass es in der Politik immer zwei Ansätze gibt, der eine ist konstruktiv und der andere nicht. Sein persönlicher Ansatz ist hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem JHA immer konstruktiv geprägt.

Es gab keine weiteren Fragen. Die Anfrage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zu Wohngruppen und Obdachlosigkeit in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/03773**

Frau Haupt erwähnte, dass in der Antwort deutlich wird, dass im vergangenen Jahr freie Träger gewisse Plätze für junge Leute eingerichtet haben. Sie sagte, dass es vor einer Zeit beim Internationalen Bund ein ähnliches Projekt gab. Sie fragte, ob diese Projekte ausreichen oder ob man dann möglicherweise mit der Jugendhilfeplanung dieses Thema wieder verstärkt aufnehmen muss.

Herr Frolow stellte fest, dass sich die Antwort, auf die sich Frau Haupt beruft, auf die Wohngruppen bezieht und nicht explizit auf wohnungslose Jugendliche. Die vier Wohngruppen, die eingerichtet worden sind, sind familienähnliche Betreuungssettings nach § 34 SGB VIII. Das hat nichts mit der Unterstützung wohnungsloser Jugendlicher z.B. durch Streetwork oder ähnliches zu tun.

Frau Haupt sagte, dass der Internationale Bund und das Schirmprojekt Anfang der 90-Jahre eine Notunterkunft in diesem Zusammenhang geschaffen haben.

Frau Brederlow teilte mit, dass diese Notunterkünfte damals bewusst abgeschafft wurden, weil es für eine Zielgruppe gedacht war, die kurz davor bzw. kurz nach der Volljährigkeit steht. In der vorliegenden Antwort unter Punkt 3 werden „junge Erwachsene“ aufgeführt. Wir reden somit von jungen Menschen zwischen 18- und 27 Jahren. Sie sagte, dass es schwierig ist, für diese Zielgruppe ein Angebot zu schaffen und es geht generell darum, sie bei der Selbstständigkeit zu unterstützen.

Herr Frolow ergänzte, dass die Verwaltung derzeit ein anderes Angebot prüft, was sich Notschlafstelle nennt.

Es gab keine weiteren Fragen. Die Anfrage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Frau Gellert zu Energieversorgungsverträgen der Freien Träger

Frau Gellert bezog sich auf die Kündigungen der damaligen verhandelten Energiekosten in Betrieben und Einrichtungen. Es werden in den nächsten Jahren höhere Energie und Stromkosten auf die Betriebe und Einrichtungen zukommen. Sie erkundigte sich, ob dieser Sachverhalt in die Haushaltsüberlegungen der kommenden Jahre einfließt und wie die dazugehörigen Verhandlungen aussehen könnten.

Herr Frolow wies darauf hin, dass kein rückwirkender Kostenausgleich bezüglich der geführten Verhandlungen möglich ist. Dieser Grundsatz muss eingehalten werden. Er bemerkte, dass aber über eine relativ unbürokratische Neuverhandlung gesprochen werden kann. Hinsichtlich der haushälterischen Lage, sagte Herr Frolow, dass aber die Ansätze entsprechend des vorliegenden Zustands geplant worden.

zu 8.4 Frau Haupt zu Finanzmitteln für Freie Träger

Frau Haupt erkundigte sich, ob bereits alle Freien Träger, die beschlossenen finanziellen Mittel erhalten haben.

Herr Frolow sagte, dass die entsprechenden Mittelfreigaben gemäß der Beschlusslage aus dem Jugendhilfeausschuss schrittweise umgesetzt werden.

zu 8.5 Frau Haupt zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

Frau Haupt erwähnte den europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Dort können Finanzmittel abgerufen werden, um aktuelle Projekte für Flüchtlinge aus der Ukraine zu fördern. Aufgeführt sind z.B. Möglichkeiten einer Finanzierung zur Beratung, Betreuung, Begleitung für Jugendliche. Sie fragte, ob dieser Fond bekannt ist und es eine Möglichkeit zur Nutzung gibt.

Herr Frolow teilte mit, dass der Verwaltung der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) bekannt ist und es dazu bereits eine erste Beratung gab.

zu 8.6 Frau Haupt zu Betreuungsangeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Frau Haupt fragte, ob es bereits konkrete Betreuungsangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine gibt.

Herr Frolow wies darauf hin, dass er folglich nur für den Fachbereich Bildung sprechen kann. Derzeit befindet sich die Verwaltung hinsichtlich aller betroffenen Leistungsbereiche in einer Abstimmung. Er informierte, dass ab Monat Mai dem Eigenbetrieb Kita ca. 21 Kitaaufnahmen von geflüchteten Kindern vorliegen. Des Weiteren bemerkte Herr Frolow, dass momentan auch bei den freien Trägern ein gewisses Anmelde- und Nachfrageverhalten festzustellen ist.

zu 8.7 Herr Döring zu KiTa-Plätzen für geflüchtete Kinder

Herr Döring fragte, wenn aktuelle Zahlen zu den Kitaplätzen für geflüchtete Kinder vorliegen, ob diese und deren Verteilung im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden könnten.

Herr Frolow bejahte dies.

zu 8.8 Herr Döring zur Schulsozialarbeit

Herr Döring fragte, ob der Verwaltung bereits Anträge zum Sachverhalt Mehrbedarf Schulsozialarbeit von Schulen vorliegen.

Frau Somborski teilte mit, dass der Zusatzbedarf im Teilplan der Schulsozialarbeit dahingehend so definiert ist, dass alle Schulen, die einen Grundbedarf von 0,0 Vollzeitstellen aufweisen, einen Zusatzbedarf haben. Es sind 53 Anträge kommunaler Sozialarbeit bei der Verwaltung eingegangen. Drei davon sind Schulen, die keinen Grundbedarf aber einen entsprechenden Zusatzbedarf haben.

Das sind die Grundschule Büschdorf, Frohe Zukunft und die dritte IGS. Die anderen Anträge umfassen Schulen mit einem Grundbedarf.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass auch Schulen, die nach dem Verteilerschlüssel nur 2 Stellen haben und eine dritte Stelle wollten auch einen Mehrbedarf angekündigt haben.

Frau Somborski teilte mit, dass ein solcher Mehrbedarf entsprechend angekündigt wurde, wie z.B. durch die Sekundarschule am Fliederweg.

Herr Döring sagte, dass sich seine Anfrage auf den im Stadtrat befassten Beschluss bezieht. Wie viele Schulen einen Zusatzbedarf angemeldet haben, die laut Planung zwei Stellen haben.

Frau Somborski sagte, dass es zu diesem Sachverhalt keine weiteren Anmeldungen gab.

zu 8.9 Herr Döring zum Jugendparlament

Herr Döring erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zur Umsetzung des Beschlusses Jugendparlament.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.10 Herr Dr. Wend zur Klausurtagung

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass er der Verwaltung seine Themen für die Klausurtagung zugesandt hat. Er stellte fest, dass diese Themen keine Berücksichtigung fanden.

Herr Frolow sagte, dass alle Posteingänge archiviert und geprüft wurden. Er bat Herrn Dr. Wend darum, diese erneut einzureichen.

Herr Dr. Wend bezog sich auf die vorliegende Tagesordnung zur Klausurtagung. Er bedankte sich bei der Verwaltung für die Vorbereitung der Klausurtagung. Er bemerkte, dass für die Klausurtagung eine Gesamtzeit von 2,5 Stunden eingeplant wurde. Diese ist nach seiner Meinung nach zu kurz für die zu behandelten Themen eingeplant.

Frau Brederlow betonte, dass sich hinsichtlich der Klausurtagung auf einen Zeitrahmen von einem Vormittag geeinigt wurde. Eine Klausurtagungszeit von einem ganzen Tag war nie eingeplant.

Frau Schmidt sagte, dass sie auch einen längeren Zeitrahmen zur Verfügung gehabt hätte. Sie bemerkte, dass man aber vielleicht die Möglichkeit eines Austausches nach der Klausurtagung nutzt.

Herr Frolow teilte mit, dass es nach der Klausurtagung verwaltungsinterne Anschlusstermine gibt. Die Verwaltung hat aber hinsichtlich der Veranstaltung einen kleineren Zeitpuffer eingebaut, d.h. es muss nicht sofort nach 12:00 Uhr der Veranstaltungsort verlassen werden.

Herr Dr. Wend bedankte sich dafür.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Gellert zur Podiumsdiskussion im Rahmen des KiTa-Warnstreiks

Frau Gellert erwähnte die Podiumsdiskussion im Rahmen des KiTa-Warnstreiks in Halle (Saale). Sie erkundigte sich, ob es dabei neue Erkenntnisse z.B. zur Fachkräftesituation gibt. Sie fragte, ob die Verwaltungsspitze anwesend war.

Frau Brederlow verneinte dies.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer